**Atlas der Zivilgesellschaft**

**Report zur weltweiten Lage 2020**

**Begleittext zur PowerPoint-Präsentation**

**Einführung**

Brot für die Welt arbeitet weltweit mit über tausend zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen zusammen. Diese konnten in den vergangenen sechs Jahrzehnten gewaltige Fortschritte erzielen, indem sich die Lebensbedingungen und die rechtliche Situation der Bevölkerung verbessert haben oder ökologische Schutzmaßnahmen erfolgreich umgesetzt wurden.

Die Lage hat sich jedoch zugespitzt. Viele Partner berichten heute über massive Einschränkungen ihrer Arbeit. Teilweise richten sich diese systematisch gegen ganze Organisationen, teilweise gegen einzelne Personen. Es geht um Überwachung, bürokratische Überregulierung und Schikanen, eingeschränkte Finanzierungsmöglichkeiten, Arbeitsverbote oder sehr häufig auch um persönliche Gefährdung.

Akteure der Zivilgesellschaft stehen häufig an der Spitze von Gesetzes-Änderungen und politischen Reformen. Sie setzen Gerechtigkeit, Umweltschutz und Menschenrechte auf die Agenda, wo das dringend erforderlich ist, und bringen so eine nachhaltige Entwicklung auf den Weg. Deshalb ist die Stärkung der globalen Zivilgesellschaft ein Schwerpunkt der Arbeit von Brot für die Welt. Denn starke und unabhängige zivilgesellschaftliche Partner-Organisationen sind das kritische Gegenüber der Politik. Sie sind der Motor für soziale und nachhaltige Entwicklung.

**Didaktische Hinweise**

Die 47-seitige Foliensammlung und der vorliegende Begleittext richten sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die über die weltweit angespannte Situation der Zivilgesellschaft informieren wollen. Die vorhergehende Lektüre des Atlas der Zivilgesellschaft 2020 ist wichtige Voraussetzung für das Gesamtverständnis und ermöglicht einen vertieften Hintergrund.

Download: <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/>

www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/

**Länderbeispiele auswählen**

Die aktuelle Situation der Zivilgesellschaft wird anhand von vier ausgewählten Ländern (Indonesien, Armenien, Uganda und Zentralamerika) vorgestellt. Es empfiehlt sich, ein bis zwei Länderbeispiele auszuwählen und die Präsentation entsprechend anzupassen.

**Folienübersicht**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Nr. | Abschnitt | Titel |
|  | Startfolie |  |
|  | Einführung | Einschränkung der Zivilgesellschaft |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Zivilgesellschaft | Eine Erklärung |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | CIVICUS | Monitor |
|  | CIVICUS | Einstufungen |
|  | CIVICUS | Ergebnisse nach Weltbevölkerung |
|  | CIVICUS | Ergebnisse nach Staaten |
|  | CIVICUS | Veränderungen im Rating |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Einschränkung der Zivilgesellschaft | Überblick: Dokumentierte Vorfälle von 10/2018 – 11/2019 |
|  | Einschränkung der Zivilgesellschaft | Im Visier: Betroffene Gruppen |
|  | Einschränkung der Zivilgesellschaft | Das bedeutet die Benachteiligung von Frauen |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Einschränkungen  nach Regionen | Amerika |
|  | Einschränkungen  nach Regionen | Afrika |
|  | Einschränkungen  nach Regionen | Europa |
|  | Einschränkungen  nach Regionen | Asien |
|  | Einschränkungen  nach Regionen | Ozeanien |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Uganda | Misstrauen und Homophobie |
|  | Uganda | Argwohn gegenüber der Zivilgesellschaft |
|  | Uganda | Frauen und LGBTI werden besonders diskriminiert |
|  | Armenien | Hohe Erwartungen an die neue Regierung |
|  | Armenien | Eine neue kritische Zivilgesellschaft |
|  | Armenien | Frauen kämpfen um Anerkennung |
|  | Indonesien | Am Ende der Reformbemühungen |
|  | Indonesien | Freie Meinungsäußerung unter Beschuss |
|  | Indonesien | Frauenrechte mehr und mehr eingeschränkt |
|  | Zentralamerika | Eine Region voller Gewalt gegen Frauen |
|  | Zentralamerika | Kritische Kräfte im Visier |
|  | Zentralamerika | Diffamierung von Aktivistinnen |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Zivilgesellschaft | Basis für nachhaltige Entwicklung |
|  | Eingeschränkte Zivilgesellschaft | Frauen werden weltweit benachteiligt |
|  | Zivilgesellschaft | Demokratie braucht Geschlechtergerechtigkeit |
|  | Zivilgesellschaft | Antifeminismus und Genderbacklash |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Zivilgesellschaft | Was tut Brot für die Welt (1) |
|  | Zivilgesellschaft | Was tut Brot für die Welt (2) |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Zivilgesellschaft | Forderungen an die Politik |
|  | Übergangsfolie | Inhaltsübersicht |
|  | Zivilgesellschaft | Was können Sie tun? |
|  | Schlussfolie | Vielen Dank! |
|  | Schlussfolie | Impressum |

**Atlas der Zivilgesellschaft 2020 – Report zur weltweiten Lage**

|  |  |
| --- | --- |
|  | **Startfolie** |
|  | **Einschränkung der Zivilgesellschaft**  **Die Bedeutung des Themas für Brot für die Welt**  Brot für die Welt arbeitet weltweit mit über tausend zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen zusammen. Diese konnten in den vergangenen – bald sechs – Jahrzehnten gewaltige Fortschritte erzielen, indem sich die Lebensbedingungen und die rechtliche Situation der Bevölkerung verbessert haben oder ökologische Schutzmaßnahmen erfolgreich umgesetzt wurden.  Die Lage hat sich jedoch zugespitzt. Viele Partner berichten heute über massive Einschränkungen ihrer Arbeit. Teilweise richten sich diese systematisch gegen ganze Organisationen, teilweise gegen einzelne Personen. Es geht um Überwachung, bürokratische Überregulierung und Schikanen, eingeschränkte Finanzierungsmöglichkeiten, Arbeitsverbote oder sehr häufig auch um persönliche Gefährdung.  Wen trifft es dabei besonders? Massiv behindert werden gerade diejenigen Menschen und Organisationen, die sich für gerechte Verhältnisse und für die Rechte der Schwachen und Ausgegrenzten einsetzen. Besonders gefährdet sind Menschenrechtsverteidiger\*innen – besonders auch Frauenrechtsaktivistinnen, obwohl viele von ihnen international anerkannt und mit renommierten Preisen ausgezeichnet sind.  Diese angespannte Situation hat auch Auswirkungen auf die Zusammenarbeit von Brot für die Welt mit seinen Partnerorganisationen. Projektpartner verlieren zum Beispiel ihre Arbeitsregistrierung oder können keine Gelder von Brot für die Welt aus dem Ausland erhalten, weil Projektkonten gesperrt sind. Oder Mitarbeitende von Brot für die Welt haben Schwierigkeiten, Visa für Projektbesuche zu erhalten.  Milliarden Menschen erleben zurzeit, wie ihre Freiheitsrechte beschnitten werden. Der schrumpfende Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft bedroht besonders Frauen, aber auch Menschen, die lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell/transgender und intersexuell (LGBTI) sind. Gleichzeitig erschwert eine rückwärtsgewandte Geschlechterpolitik Aktivistinnen und Aktivisten, sich gegen zunehmende Angriffe zu wehren.  Das alles lässt Brot für die Welt als Entwicklungswerk, das mit zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen in mehr als 90 Ländern zusammenarbeitet, nicht unberührt. Denn die Stärkung der globalen Zivilgesellschaft und Geschlechtergerechtigkeit sind wichtige Schwerpunkte der Arbeit. Genderfragen sind eng mit Menschenrechten, Demokratie, Entwicklung und einer unabhängigen Zivilgesellschaft verknüpft. Demokratie braucht Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit braucht Demokratie. |
|  | **Übergangsfolie – Inhaltsübersicht** |
|  | **Zivilgesellschaft – eine Erklärung**  Die Zivilgesellschaft ist der Bereich jenseits von Staat, Wirtschaft und Privatem. Hier sind Vereinigungen und Vereine, Initiativen und Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen (NRO; engl. NGOs) und Nonprofit-Organisationen im öffentlichen Raum für das Gemeinwohl aktiv. Neben verfassten Organisationen gehören auch informelle Zirkel oder soziale Bewegungen zur Zivilgesellschaft. Voraussetzung für die Aktivitäten von Zivilgesellschaft sind individuelle und kollektive Freiheiten, wie die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Sie müssen vom Staat eingeräumt werden und der Staat sollte das Engagement aktiv ermöglichen. Zivilgesellschaft definiert sich auch dadurch, dass sie gesellschaftliche Werte wie Gewaltfreiheit, Menschenwürde, Rechtstaatlichkeit oder demokratische Partizipation teilt. So sieht es das Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE) – Brot für die Welt schließt sich diesem Verständnis an. |
|  | **Übergangsfolie – Zur weltweiten Lage der Zivilgesellschaft** |
|  | **Der CIVICUS-Monitor**  Der Atlas der Zivilgesellschaft beleuchtet die Aktionsräume (engl. Civic Space) und die Einengung (engl. Shrinking Space) der Zivilgesellschaft weltweit und bewertet sie. Er stützt sich auf Daten von CIVICUS, der Weltallianz zur Bürgerbeteiligung mit Sitz in Südafrika. CIVICUS veröffentlicht laufend Informationen und Analysen zum Grad der Freiheit der Zivilgesellschaft in 196 Ländern. Rund zwei Dutzend Analysten werten kontinuierlich Berichte von hunderten lokalen NGOs und zahlreichen internationalen Partnerorganisationen sowie öffentliche Quellen aus. Die Quellen werden in einem standardisierten Verfahren evaluiert und die Ergebnisse von externen Experten und Expertinnen geprüft. |
|  | **CIVICUS-Einstufungen**  CIVICUS teilt den Grad der Freiheit in fünf Stufen ein: offen, beeinträchtigt, beschränkt, unterdrückt und geschlossen.   * **Offen** ­Der Staat ermöglicht und sichert allen Menschen zivilgesellschaftliche Freiheiten. Es ist ihnen ohne rechtliche oder praktische Hürden möglich, Vereinigungen zu bilden, im öffentlichen Raum Demonstrationen abzuhalten und Informationen zu erhalten und zu verbreiten. * **Beeinträchtigt** Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es überwiegend gestattet, ihre Rechte zur Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit auszuüben. Trotzdem kommen Verletzungen dieser Rechte vor. * **Beschränkt** Eine freie Grundrechtsentfaltung wird von den Regierenden durch eine Kombination aus rechtlichen und praktischen Einschränkungen behindert. Zivilgesellschaftliche Organisationen existieren zwar, staatliche Stellen versuchen aber, sie zu zersetzen. * **Unterdrückt** Der zivilgesellschaftliche Raum ist stark eingeschränkt. Aktivisten und Aktivistinnen, die diejenigen an der Macht kritisieren, riskieren es, überwacht, drangsaliert, eingeschüchtert, inhaftiert, verletzt oder sogar getötet zu werden. * **Geschlossen** Der zivilgesellschaftliche Raum ist – in rechtlicher und praktischer Hinsicht – komplett geschlossen. Es herrscht eine Atmosphäre der Furcht, in der staatliche und mächtige nichtstaatliche Akteure ungestraft davonkommen, wenn sie Menschen für die Wahrnehmung ihrer Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheiten inhaftieren, körperlich misshandeln oder töten. Jegliche Kritik am herrschenden Regime wird schwer bestraft. |
|  | **Ergebnisse der CIVICUS-Analyse nach Weltbevölkerung**  Nur drei Prozent der Weltbevölkerung genießen heute uneingeschränkte zivilgesellschaftliche Freiheiten, das sind 259 Millionen Menschen. Sie leben in den 43 Staaten, die die Menschenrechte voll respektieren und schützen. In ihnen wird der sogenannte Civic Space, der Raum für zivilgesellschaftliches Handeln, deshalb als „offen“ eingestuft.  In weiteren 42 Staaten sind Grundfreiheiten ebenfalls grundsätzlich gegeben, wenn auch „beeinträchtigt“. Hier leben rund eine Milliarde Menschen.  Rund 1,2 Milliarden Menschen leben in 49 Staaten in einer Zivilgesellschaft,  die „beschränkt“ ist.  In 38 Staaten leben 3 Milliarden Menschen, die der CIVICUS-Monitor als „unterdrückt“ einstuft.  Vollständig „geschlossen“ ist der Civic Space in 24 von 196 Staaten mit rund 2 Milliarden Menschen. Ein alarmierender Befund: Für ein knappes Drittel der Weltbevölkerung wird zivilgesellschaftliches Handeln durch Gewalt vollständig unterbunden. |
|  | **Ergebnisse der CIVICUS-Analyse nach Staaten**  Diese Folie zeigt die Ergebnisse noch einmal bezogen auf Staaten. Zusammenfassend lässt sich festhalten: Überall auf der Welt wird es schwieriger, die Regierenden infrage zu stellen oder zu kritisieren. Nie zuvor in den letzten 25 Jahren wurde die weltweite Zivilgesellschaft so bedrängt und unterdrückt wie heute. |
|  | **CIVICUS: Veränderungen im Rating von Nov. 2018 bis Nov. 2019**  Eine wichtige Veränderung zum Vorjahr ist die Zahl der Menschen, die in unterdrückten Staaten leben. Nachdem auch Indien und Nigeria nun in dieser Kategorie geführt werden, sind es drei Milliarden Menschen und 40% der Weltbevölkerung. Verschlechtert hat sich die Situation außerdem in Australien, Malta, den Komoren, Serbien, Brunei, Madagaskar und Djibouti.  Verbesserungenwurden festgestellt in der Dominikanischen Republik und in der Republik Moldau. |
|  | **Übergangsfolie – Wie wird die Zivilgesellschaft eingeschränkt?** |
|  | **Einschränkung der Zivilgesellschaft: Überblick: Dokumentierte Vorfälle von 10/2018 – 11/2019**  Die Einschränkungen der Zivilgesellschaft haben verschiedene Gesichter. Die folgende Grafik zeigt einen Überblick über dokumentierte Fälle im Zeitraum Oktober 2018 bis November 2019.  Insgesamt 536 Meldungen über Angriffe auf zivilgesellschaftliche Tätigkeiten zwischen 1. Oktober 2018 und 11. November 2019 hat CIVICUS zuletzt ausgewertet. Die Fälle sind nicht repräsentativ, zeigen aber deutliche Muster politischer Repression. International besonders stark verbreitet ist demnach die staatliche Zensur von Medien ‒ einschließlich der Kontrolle des Internets und somit der sozialen Medien. Aufsehen erregte dabei etwa Russlands umstrittenes Internetgesetz, das am 1. November 2019 in Kraft trat und ein eigenes Internet unter kompletter Staatskontrolle vorsieht.  Regime lassen zudem oft Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger oder Oppositionelle festnehmen. In Kamerun etwa kamen im Spätsommer 2019 eine Reihe von Kritikern des Präsidenten Paul Biya ins Gefängnis ‒ kurz bevor ein „Nationaler Dialog“ den Konflikt zwischen dem anglophonen und dem frankophonen Teil des Landes befrieden sollte. Bei etwa jedem sechsten von CIVICUS untersuchten Fall handelte es sich um übermäßige Gewalt gegen Protestierende. In Guinea beispielsweise töteten staatliche Kräfte im Oktober 2019 neun Menschen, die gegen eine Verfassungsänderung protestierten, mit der Präsident Alpha Condé sich eine dritte Amtszeit ermöglichen wollte. Übermäßige Gewalt staatlicher Sicherheitskräfte - 96Störung von Protestaktion – 11Angriffe auf Journalist\*innen – 118Restriktive Gesetze - 126Staatliche Zensur - 178Schikanierung und Einschüchterung – 250Festnahme von Aktivist\*innen und Journalist\*innen - 250 |
|  | Im Visier: Betroffene GruppenFrauen und Frauenrechtsorganisationen waren in mehr als jedem fünften der von CIVICUS registrierten Fälle von Angriffen auf die Zivilgesellschaft betroffen und stehen damit an oberster Stelle der am stärksten von Verfolgung betroffenen Gruppen. Frauen sind nicht nur angreifbarer, weil der öffentliche Raum noch immer von Männern dominiert wird. Frauen werden auch angegriffen, weil sie Frauen sind und sich als solche engagieren. Dabei sind Frauen heute sichtbarer denn je in Kämpfen um sozialen Fortschritt. Die Revolution im Sudan etwa, die dem Kriegsverbrecher Omar al-Bashir die Macht entriss, wird auf ewig mit dem Bild der Studentin Alaa Salah verbunden sein. Auch die schwedische Schülerin Greta Thunberg hat Millionen von jungen Menschen weltweit mobilisiert, sich gegen den Klimawandel zu engagieren und das Nichtstun im Angesicht der Klimakatastrophe nicht länger hinzunehmen. |
|  | Das bedeutet Benachteiligung von FrauenDie Graphik zur Benachteiligung von Frauen, die sich auf den Social Institutions und Gender Index der OECD stützt, zeigt, wie vielschichtig die Benachteiligung von Frauen ist. Wichtig dabei ist zu verstehen, dass sich nicht nur die Einschränkung der bürgerlichen Rechte der Frauen direkt auf ihr Engagement auswirken kann. Auch die anderen Formen der Diskriminierung z. B. in der Familie oder der Gesellschaft beeinflussen stark, ob ein Mädchen oder eine Frau sich gesellschaftlich und politisch einbringen kann. Denn sehr oft werden Frauen und Mädchen auf ihre Rolle als Mütter und Töchter reduziert. Politisches Engagement und Aktivismus von Frauen und Mädchen wird in vielen Gesellschaften und Gruppen nicht akzeptiert, selbst wenn es rechtlich keine Einschränkungen gibt. |
|  | Übergangsfolie – Einschränkung der Zivilgesellschaft nach Regionen |
|  | AmerikaDie Vereinigten Staaten von Amerika gelten als Land, in dem die Zivilgesellschaft beeinträchtigt wird.In Amerika (Nord-, Zentral- und Südamerika) ist die Situation wie folgt:11 Länder offen11 Länder beeinträchtigt7 Länder beschränkt5 Länder unterdrückt1 Land geschlossen |
|  | AfrikaIn Afrika ist die Situation wie folgt:2 Länder offen6 Länder beeinträchtigt20 Länder beschränkt16 Länder unterdrückt10 Länder geschlossen |
|  | EuropaIn Europa ist die Situation wie folgt:21 Länder offen20 Länder beeinträchtigt4 Länder beschränkt3 Länder unterdrückt1 Land (Aserbaidschan) geschlossenIn den Mitgliedsländern der Europäischen Union sind:14 Länder offen13 Länder beeinträchtigt1 Land (Ungarn) beschränkt |
|  | AsienIn Asien ist die Situation wie folgt:1 Land offen2 Länder beeinträchtigt15 Länder beschränkt14 Länder unterdrückt12 Länder geschlossen |
|  | OzeanienIn Ozeanien ist die Situation wie folgt:8 Länder offen3 Länder beeinträchtigt3 Länder beschränktKein Land unterdrückt oder geschlossen |
|  | **Zivilgesellschaft aktuell – Länderbeispiele**  Brot für die Welt hört von seinen Partnerorganisationen in Afrika, Asien, dem Nahen Osten, Lateinamerika und Osteuropa immer häufiger, dass ihre Arbeit massiv beeinträchtigt wird. Die Verfolgung hat unterschiedliche Formen. Betroffen sind Partnerorganisationen in allen Regionen der Welt. Viele dieser Organisationen trifft es inzwischen so stark, dass sie hier nicht einzeln genannt werden, um ihre Sicherheit nicht zu gefährden. Umso beeindruckender ist es, dass sich viele Partnerorganisationen von solchen Umständen nicht unterkriegen lassen und weiter für zivilgesellschaftliche Anliegen und den Erhalt von Handlungsräumen eintreten.  Die Situation in Uganda\*, Armenien\*, Indonesien\* und Zentralamerika\* steht exemplarisch für den weltweiten Trend einer zunehmenden Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume.  **\*Hinweis:** Es empfiehlt sich, nur ein bis zwei der Länderbeispiele vorzustellen und die Folien entsprechend anzupassen. |
|  | Uganda: Misstrauen und Homophobie  * **CIVICUS-Einstufung: unterdrückt**   Seit mehr als 33 Jahren regiert Präsident Yoweri Musevini Uganda. Seine Regierungspartei National Resistance Movement (NRM) erhielt bei den Parlamentswahlen 2016 erneut eine Zweidrittelmehrheit. Wahlrecht und Verfassung wurden bereits mehrfach geändert, damit Musevini an der Macht bleiben kann.  Trotz wirtschaftlicher Fortschritte und einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von über fünf Prozent zählt Uganda weiter zu einem der am wenigsten entwickelten Länder weltweit. Im Human Development Index der Vereinten Nationen befindet sich das Land auf Platz 162 von 189. Rund 70 Prozent der nach offiziellen Angaben rund 42,7 Millionen Menschen leben von der Landwirtschaft. |
|  | **Uganda:** **Argwohn gegenüber der Zivilgesellschaft**  Laut dem Uganda National NGO Forum gab es 2018 rund 13.000 registrierte nicht staatliche Organisationen im Land. Sie nehmen eine kritische Beobachterrolle gegenüber der Regierung ein ‒ eine Funktion, die zivilgesellschaftlichen Akteuren durch die Verfassung ausdrücklich zugestanden wird. Dennoch werden diese garantierten Rechte regelmäßig verletzt. Wiederholt haben Menschenrechtsorganisationen beispielsweise von mutmaßlich politisch motivierten Einbrüchen in ihre Büros berichtet. Auch Journalistinnen und Journalisten müssen mit Behinderung ihrer Arbeit rechnen und sind Einschüchterungsversuchen ausgesetzt.  Dass eine kritische Zivilgesellschaft der Regierung ein Dorn im Auge ist, zeigen mehrere in den vergangenen Jahren erlassene Gesetze und Verordnungen, die auf eine stärkere Kontrolle von Nichtregierungsorganisationen abzielen. Dazu zählen der im Jahr 2016 erlassene Non-Governmental Organisations Act oder ein eigens geschaffenes Büro für NGO-Angelegenheiten zur Überwachung der Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen. |
|  | **Uganda:** **Frauen und LGBTI werden besonders diskriminiert**  Neben einer restriktiven Gesetzeslage sorgen vor allem tradierte Geschlechterrollen dafür, dass Frauenorganisationen und deren Aktivistinnen und Aktivisten mit ihren Forderungen nach Anerkennung grundlegender Rechte sowie dem Abbau von Gewalt und Diskriminierung vielfach an Grenzen stoßen. Auch wenn sich der Staat offiziell dazu bekannt hat, die Stellung von Frauen zu verbessern, zeigen sich beispielsweise im Ehe-, Scheidungs- und Erbrecht deutliche Benachteiligungen. Besonders gravierend ist das Ausmaß an Gewalt gegenüber Frauen. Nach Angaben des Nationalen Büros für Statistik war rund die Hälfte aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren bereits mindestens einmal körperlicher Gewalt ausgesetzt. 22 Prozent sind Opfer sexualisierter Gewalt geworden. Die Strafverfolgungsbehörden kommen nur unzureichend ihrer Aufgabe nach, solche sexualisierten Gewaltdelikte aufzuklären und Straftäter zu verfolgen.  2014 wurde ein Anti-Homosexualitäts-Gesetz auf den Weg gebracht, das teilweise lebenslange Haftstrafen für gleichgeschlechtlichen Sex vorsieht. Es würde auch diejenigen kriminalisieren, die im Verdacht stehen, Homosexualität zu „fördern“. Je nach Auslegung könnte das auch Nichtregierungsorganisationen betreffen, die sich für LGBTI-Rechte einsetzen. Erst auf internationalen Druck hin wurde das Gesetz wegen Verfahrensfehlern vorerst zurückgezogen. Der gesellschaftliche Druck gegen Homosexualität besteht aber weiterhin, in den letzten Monaten nahmen Morde und Inhaftierungen aufgrund angeblicher Homosexualität zu. |
|  | **Armenien – Hohe Erwartungen an die neue Regierung**  **CIVICUS Einstufung: beschränkt**  Als Präsident Sersch Sargsjan von der Republikanischen Partei Armeniens (RPA) im Frühjahr 2018 im Anschluss an seine letzte Amtszeit als Staatspräsident in das Amt des Ministerpräsidenten wechseln wollte, um seinen politischen Einfluss zu erhalten, regten sich früh Proteste im ganzen Land. Nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten brach eine ungeahnte Protestwelle los und Hunderttausende gingen auf die Straße. Angeführt wurden die zumeist friedlichen Proteste gegen ihn durch den Oppositionspolitiker Nikol Paschinjan.  Unter dem Slogan „Mach einen Schritt, stoppe Sersch“ schlossen sich immer mehr Armenierinnen und Armenier der Samtenen Revolution an. Sie konnten schließlich den Rücktritt Sargsjans durchsetzen. Bei Neuwahlen im Dezember 2018 erhielt Paschinjans Oppositionsbündnis mehr als 70 Prozent der Wählerstimmen. |
|  | **Armenien: Eine neue kritische Zivilgesellschaft**  Zwar gibt es in Armenien zahlreiche professionelle Nichtregierungsorganisationen. Viele von diesen nahmen in der Vergangenheit jedoch eher die Funktion von Sozialdienstleistern wahr. Nur wenige äußerten deutliche politische Forderungen und positionierten sich damit als oppositionelle Kräfte. Sie fürchteten bürokratische oder steuerrechtliche Schikanen oder die öffentliche Diskreditierung durch regierungsnahe Medien. Der Regierungswechsel lässt nun hoffen, dass Nichtregierungsorganisationen in Armenien zukünftig auch stärker als kritische politische Instanz auftreten. |
|  | **Armenien: Frauen kämpfen um Anerkennung**  Frauen waren während der friedlichen Revolution in Armenienallgegenwärtig. Sie standen häufig in vorderster Reihe, um Straßen und Kreuzungen zu blockieren. Viele von ihnen demonstrierten nicht nur für das Ende der Regierung Sargsjan, sondern auch für ihre Rechte als Frauen. Der neue Regierungschef Paschinjan erklärte nach seinem Amtsantritt, dass sich seine Regierung in Zukunft für eine stärkere Repräsentanz von Frauen in der Politik einsetzen werde. Doch aktuell sind nur ein Viertel der Abgeordneten Frauen und es gibt nur eine Ministerin. Auch sonst fehlen nach Ansicht von Frauenrechtsaktivistinnen bislang noch konkrete Fortschritte. Das Regierungsprogramm zum Beispiel enthält keine geeigneten Ansätze zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit.  Noch immer ist die armenische Gesellschaft patriarchalisch geprägt. Die traditionellen Geschlechterrollen, die Frauen vor allem in der Verantwortung für reproduktive Aufgaben in Haushalt und Familie oder in der Pflege von Angehörigen sehen, sind insbesondere auf dem Land weit verbreitet. Der stillschweigende Konsens über die tradierte Rolle der Frau in der Gesellschaft betrifft auch die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen. Frauenorganisationen, die klar feministisch auftreten und bestehende Geschlechterverhältnisse infrage stellen, sind eher eine Ausnahme. LGBTI-Aktivistinnen und -Aktivisten werden besonders als Bedrohung wahrgenommen und sind in den sozialen Medien massiven Angriffen ausgesetzt.  **Grafik**: Gute Löhne nur für Männer ‒ Gender Pay Gap in Armenien. Obwohl immer mehr Frauen einen Hochschulabschluss besitzen, liegt ihr Einkommen in der Regel unter dem ihrer männlichen Kollegen.  *Quelle:www.worldbank.org/en/news/infographic/2019/03/07/gender-wage-gap-in-armenia* |
|  | Indonesien: Am Ende der Reformbemühungen **CIVICUS-Einstufung: beschränkt**  Das etwa 260 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählende Indonesien hat seit dem Rücktritt von Präsident Suharto im Jahr 1998 einen umfassenden politischen Wandel durchlaufen. Nach über 30 Jahren autoritärer Herrschaft und den darauffolgenden ersten freien Parlamentswahlen im Jahr 1999 wurden im Zuge der Reform grundlegende Weichen für eine Demokratisierung des Landes gestellt. Doch der Übergang zu einer demokratischen Ordnung öffnete auch radikalen islamistischen Gruppierungen neue Einflussmöglichkeiten. Lange galt Indonesien als Musterbeispiel für einen moderaten und toleranten Islam. |
|  | Indonesien: Freie Meinungsäußerung unter BeschussDer bereits 1965 unter Präsident Sukarno erlassene Blasphemie-Paragraf stellt in Indonesien die Beleidigung Gottes oder religiöser Gefühle mit bis zu fünf Jahren Gefängnis unter Strafe. Verurteilungen auf dieser Grundlage haben seit 2004 rapide zugenommen. In den meisten Fällen geht es um eine Beleidigung des Islam. Kritikerinnen und Kritiker sehen in dem Blasphemie-Gesetz ein Instrument, mit dem das Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt wird und Diskussionen über sensible politische und religiöse Themen verhindert werden sollen.Ähnlich verhält es sich mit dem 2008 erlassenen Gesetz zu Electronic Information and Transaction (ITE), das teils mehrjährige Haftstrafen für Verleumdung vorsieht. Regelmäßig werden Nutzerinnen und Nutzer von sozialen Medien für kritische Postings zur Rechenschaft gezogen oder wenn sie sensibles Material digital weiterleiten. Auch die Nichtregierungsorganisationen müssen besondere Sorgfalt walten lassen, wenn sie in sozialen Medien kommunizieren. |
|  | **Indonesien:** **Frauenrechte mehr und mehr eingeschränkt**  Die indonesische Verfassung garantiert explizit die Gleichberechtigung von Frau und Mann. Bereits 1984 wurde die UN-Frauenrechtskonvention CEDAW von Indonesien ratifiziert. Nach dem Ende der Militärdiktatur wurden verschiedene Gesetze beschlossen, die die Rechte von Frauen festschreiben, etwa das Gesetz gegen häusliche Gewalt oder das Gesetz zum Schutz von Kindern. Dennoch besteht strukturelle Diskriminierung der Frauen innerhalb der Gesellschaft fort. Patriarchale Werte verstärken das. So ist die weibliche Genitalverstümmelung noch immer eine weit verbreitete Praxis und nach Ansicht des obersten Rats der Islamgelehrten (MUI) sogar eine religiöse Pflicht.  Ein deutlicher Rückschritt bezüglich der Rechte von Frauen ist auch die steigende Zahl von Regionalverordnungen (Peraturan Daerah), die sich an der Scharia orientieren. Sie reglementieren beispielsweise den Umgang zwischen Unverheirateten, schreiben das Tragen des Kopftuchs oder nächtliche Ausgangssperren für Frauen vor. Frauen und zivilgesellschaftliche Organisationen, die die Verordnungen kritisieren, fürchten den Vorwurf, sich gegen den Islam zu stellen. Viele Organisationen versuchen deshalb, innerhalb des Islam feministische Perspektiven zu stärken.  **Grafik:** Kinderhochzeiten *Quelle: Republik Indonesia (2019): Provinsi Sulawesi Utara Deklarasikan Gerakan Bersama Stop Perkawinan Anak untuk Selamatkan Tumbuh Kembang Anak. Veröffentlicht unter: https://www.kemenpppa.go.id/index.php/page/read/ 29/2254/provinsi-sulawesi-utara-deklarasikan-gerakan-bersama-stopperkawinan-anak-untuk-selamatkan-tumbuh-kembang-anak* |
|  | Zentralamerika: Eine Region voller Gewalt gegen FrauenCIVICUS-Einstufung: beschränkt/unterdrücktIn fast allen zentralamerikanischen Ländern schrumpft aktuell der Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft. In Honduras beispielsweise, einem der ärmsten Länder der Welt, ist nach dem Putsch 2009 die Demokratisierung weitgehend zum Stillstand gekommen. Die Menschenrechtssituation hat sich gravierend verschlechtert, das Land weist eine der höchsten Mordraten weltweit auf. Auch in Nicaragua halten die politische Krise und damit die Bedrohung der Menschenrechte unter Präsident Daniel Ortega an. In Guatemala ist mit der Wahl des ultrakonservativen Alejandro Giammattei zum Präsidenten im August 2019 mit einer weiteren Verschlechterung der Menschenrechtslage zu rechnen. Oft gehen schwerste Menschenrechtsverletzungen wie Folter, politische Morde oder Verschwindenlassen auf das Konto organisierter krimineller Vereinigungen. Diese agieren teils unter Mitwissen oder mit aktiver Unterstützung staatlicher Akteure.Regionale Menschenrechtsinstitutionen wie die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte und der Interamerikanische Gerichtshof sind für Betroffene von zentraler Bedeutung. Allerdings leiden sie unter schwindendem Einfluss. |
|  | **Zentralamerika: Einschränkung und Diffamierung von Aktivistinnen**  Der Aufstieg konservativer und autoritärer Kräfte in der Region stellt das Engagement von Nichtregierungsorganisationen vor immer größere Herausforderungen. Trotz nationaler Unterschiede ähneln sich dabei die Mittel, mit denen Regierungen versuchen, gegen die Zivilgesellschaft vorzugehen. In Nicaragua hob das Parlament Ende 2018 die Registrierung von neun regierungskritischen Nichtregierungsorganisationen auf, die Polizei durchsuchte ihre Büroräume. Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen sowie Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger, die öffentlich auf die verheerende Menschenrechtsbilanz der Regierung aufmerksam gemacht hatten, wurden unter fadenscheinigen Begründungen verhaftet. Nichtregierungsorganisationen wurden strengen Finanzkontrollen unterworfen. Wenn sie Geld aus dem Ausland erhalten, was für die meisten Organisationen überlebenswichtig ist, werden sie häufig des Terrorismus beschuldigt. Viele Frauenrechtsorganisationen, LGBTI-Aktivistinnen und -Aktivisten sowie ihnen nahestehende Organisationen müssen sich zudem mit dem wachsenden Einfluss der evangelikalen Bewegung auseinandersetzen. Diese diffamiert Aktivistinnen und Aktivisten als „Gender-Ideologen“ und versucht, sie einzuschüchtern. Die von Konservativen und Evangelikalen geprägte Vorstellung einer „angemessenen Rolle“ der Frau in der Gesellschaft droht, die im sozialen und familiären Umfeld bislang bestehenden Schutz- und Unterstützungsstrukturen zu unterminieren. Viele Aktivistinnen sehen sich mit Unverständnis und Anfeindungen konfrontiert. Ihnen wird vorgeworfen, mit ihrem Aktivismus ihrer Rolle als Frau und Mutter nicht gerecht zu werden. |
|  | Zentralamerika: Menschenrechtsverteidigerinnen im Visier Frauenorganisationen sowie Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sind von den schwindenden Handlungsspielräumen und der Zunahme von Repression und Einschüchterungsversuchen in Zentralamerika besonders betroffen. Sie werden zur Zielscheibe genderspezifischer physischer und psychischer Gewalt. Die Angriffe reichen von Belästigungen und Drohungen, die vielfach sexistisch sind, bis zu Vergewaltigungen und Mord.  Um den immensen Herausforderungen von Gewalt und mangelnder Rechtsstaatlichkeit besser begegnen zu können, haben Aktivistinnen und Frauenorganisationen wie IM-Defensoras bereits vor vielen Jahren begonnen, sich international stärker zu vernetzen. So wollen sie sich gegenseitig unterstützen und auf internationaler Ebene Druck auf die Regierungen ausüben. In vielen Fällen haben internationale Aufmerksamkeit und Proteste im Ausland dazu beitragen können, dass Regierungen Maßnahmen zum Schutz von bedrohten Frauen ergriffen oder von Repressionen Abstand genommen haben. In anderen Fällen konnten internationale Netzwerke Frauen in akuten Bedrohungssituationen die Zuflucht in ein Nachbarland ermöglichen.  Die Mittelamerikanische Initiative der Menschenrechtsverteidigerinnen wurde im Jahr 2010 gegründet und arbeitet in El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko und Nicaragua. IM-Defensoras engagiert sich gegen die massive Zunahme der Gewalt gegen Menschenrechtsverteidigerinnen in Zentralamerika. Die Initiative unterstützt Menschenrechtsverteidigerinnen aus den verschiedenen Organisationen und sozialen Bewegungen in der Region dabei, Netzwerke zum Schutz vor Bedrohung und Gewalt sowie Bündnisse zur Solidarität zu etablieren. Durch Eilaktionen schafft IM-Defensoras Aufmerksamkeit für bedrohte Menschenrechtsverteidigerinnen. Wenn nötig, hilft die Initiative ihnen, sich in Sicherheit zu bringen.  **Grafik**: Menschenrechtsverteidigerinnen im Visier  Zahlreiche Todesdrohungen, Überfälle, Schmähkampagnen oder Cyber-Mobbing gegen Menschenrechtsverteidigerinnen und LGBTI-Aktivist\*innen wurden dem Netzwerk IM-Defensoras 2019 aus ganz Zentralamerika gemeldet.  *Quelle: IM-Defensoras (2019): Mapa de agresiones del ano en curso. Veröffentlicht unter: https://im-defensoras.org/acciones-urgentes/* |
|  | Übergangsfolie – Zivilgesellschaft für nachhaltige Entwicklung |
|  | **Freie Zivilgesellschaft – Basis für nachhaltige Entwicklung**  In der Einführung zu diesem Vortrag wurde gesagt: Starke und unabhängige zivilgesellschaftliche Partnerorganisationen sind das kritische Gegenüber von Politik. Sie sind Motor von sozialer und nachhaltiger Entwicklung. Wie kann ein solcher Zusammenhang belegt werden? Werfen wir einen kurzen Blick auf unsere eigene Geschichte: Wer erinnert sich noch daran, dass bis 1958 der Ehemann das alleinige Bestimmungsrecht über Frau und Kinder innehatte? Erst ab 1969 wurden verheiratete Frauen als voll geschäftsfähig angesehen. Bis 1977 brauchten sie die Erlaubnis ihres Ehemanns, um arbeiten zu gehen. Wie sind solche Änderungen auf den Weg gebracht worden? Ohne die zivilgesellschaftlichen Kämpfe früherer Generationen, wären viele Errungenschaften in Deutschland nicht erreicht worden.  Ähnlich verhält sich dies auch auf globaler Ebene. Keine der Kernfragen für die Entwicklung von Gesellschaften wurde ohne zivilgesellschaftlichen Druck vorangetrieben, weder die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern, die Rechte von Frauen und Mädchen, der Schutz von Umwelt und Natur, der Ausbau sozialer Grundsicherungssysteme noch der Zugang zu Bildung. Fortschritte hier sind immer auch das Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.  Auch die Agenda 2030 der Vereinten Nationen betont die besondere Rolle der Zivilgesellschaft für das Erreichen der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals/SDGs).  Zivilgesellschaftliche Organisationen haben eine zentrale politische Kontrollfunktion, dokumentieren Menschenrechtsverletzungen und bekämpfen Korruption. Sie klagen Transparenz und Rechenschaftspflichten ein, bringen neue Initiativen und Ideen, aber auch Reformen voran.  Sie sind Anwälte besonders ausgegrenzter Gruppen wie indigener Gemeinschaften, ethnischer und religiöser Minderheiten, Menschen mit Behinderungen und Migrantinnen und Migranten. Ihre Partizipation an Entscheidungen über Entwicklung und Budgets würde dazu beitragen, dass – wie in der Agenda 2030 gefordert – „niemand zurückgelassen wird“.  Zentral ist dafür auch das SDG (weltweite Ziele für nachhaltige Entwicklung) 5 Geschlechtergerechtigkeit. Die Rechte von Frauen sind eng verknüpft mit einer offenen Zivilgesellschaft. |
|  | **Eingeschränkte Zivilgesellschaft: Frauen werden weltweit bei gesellschaftlichem Wohlstand benachteiligt**  Die Korrelation von Entwicklung und dem Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft belegt auch der Vergleich der CIVICUS-Kategorie mit dem HDI. Wo der Civic Space „offen“ ist, liegt der HDI ‒ ein weltweit anerkanntes Maß für die menschliche Entwicklung ‒ im Schnitt bei 0,859. Der Höchstwert ist 1,0. Je weiter die gesellschaftlichen Freiheiten eingeschränkt werden, desto schwieriger ist es, für Umverteilung und eine funktionierende Infrastruktur oder gegen Korruption und Diskriminierung aktiv zu werden ‒ und umso niedriger liegt die vom HDI gemessene menschliche Entwicklung.  Der HDI liegt in Staaten mit „beeinträchtigtem“ Freiraum für die Zivilgesellschaft im Schnitt nur bei 0,789 Punkten, in Staaten mit „beschränktem“ zivilgesellschaftlichen Raum bei 0,703 Punkten, in Staaten mit „unterdrücktem“ Civic Space bei 0,647 Punkten und in besonders repressiven Staaten mit „geschlossenem“ Civic Space jeweils bei rund 0,613 Punkten. Der leichte Anstieg in dieser Kategorie hängt damit zusammen, dass einige besonders repressive Staaten wie Iran, Aserbaidschan oder Saudi-Arabien sehr ölreich sind. Mit den Öleinnahmen können sie staatliche Versorgungsleistungen finanzieren, über die aber nicht demokratisch bestimmt wird.  Wie weit wir von Geschlechtergerechtigkeit entfernt sind, zeigt der Vergleich des HDI-Werts von Frauen und Männern. In allen Weltregionen liegen Frauen hinter den Männern.  **Grafik**: Der Human Development Index (HDI) ist ein Vergleichsmaßstab der UN für menschliche Entwicklung. Der Wohlstandsindex umfasst beispielsweise Einkommen, Schulbildung und Gesundheitsversorgung. 1,0 stellt den höchsten erreichbaren Wert dar.  *Quelle: Human Development Report Office (UNDP) (2018): Human Development Indices and Indicators.* |
|  | Einschränkung der ZivilgesellschaftDemokratie braucht GeschlechtergerechtigkeitWie die vier Länderbeispiele aus Zentralamerika, Indonesien, Armenien und Uganda zeigen, sind Gender-Fragen eng mit Menschenrechten, Demokratie, Entwicklung und einer unabhängigen Zivilgesellschaft verknüpft.Dort, wo die Zivilgesellschaft uneingeschränkt agieren kann, ist die Gleichberechtigung der Geschlechter weiter fortgeschritten und es werden die Rechte von Frauen sowie lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen gewahrt. Werden zivilgesellschaftliche Handlungsräume hingegen beschränkt, sind Menschenrechte in Gefahr und Menschenrechtsverteidigerinnen doppelt gefährdet: aufgrund ihres Aktivismus und aufgrund ihres Geschlechts.In Gesellschaften mit eingeschränkter Zivilgesellschaft geschieht meist wenig, um die Situation von Frauen und Mädchen sowie Menschen mit anderer Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung zu verbessern. Stattdessen halten die Regierungen, Parteien und Gruppierungen an tradierten Geschlechterverhältnissen und -rollen fest.Grafik: Politisches Empowerment von FrauenIn vielen Staaten haben sich die Möglichkeiten für Frauen, sich politisch zu engagieren, seit 1990 verbessert. Sie haben mehr bürgerliche Rechte und Freiheiten, diskutieren politische Themen, engagieren sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen und übernehmen politische Ämter. Doch aktuell kehrt sich der Trend in Ländern wie Brasilien und Indonesien um*Quelle: Die Grafik basiert auf dem Women’s Political Empowerment Index von Varieties of**Democracy (V-Dem), der drei Dimensionen umfasst: 1) grundlegende bürgerliche Freiheiten, 2) zivilgesellschaftliches Engagement (inner- und außerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen) und 3) politische Mandate und Ämter. 1,0 ist der höchste Indexwert* |
|  | **Antifeminismus und Genderbacklash**  **Die Anti-Genderbewegung ‒ weltweit gut vernetzt** Weltweit gewinnen Antifeminismus und Anti-Genderbewegungen an Akzeptanz – auch weil sie sich strategisch aufstellen und international vernetzen.Sexualaufklärung für Jugendliche, das Recht auf Abtreibung sowie die Anerkennung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt stehen im Zentrum der antifeministischen Attacken. Propagiert wird die traditionelle Familie als Keimzelle der Gesellschaft und Ausdruck einer natürlichen, ja sogar göttlichen Ordnung. Geschlechterforschung und Gender Mainstreaming werden als „Gender-Gaga“ deskreditiert. Treiber von Anti-Feminismus bzw. Anti-Genderismus sind Lebensschutz-Bewegungen, konservative religiöse Kräfte, Rechtsopulist\*innen und ihre Organisationen sowie autoritäre nationalistische Staaten. Die Abgrenzungen sind dabei fließend.Das weltweite Netzwerk der Anti-Genderbewegung ist der Weltfamilienkongress. Es ist das weltweit wichtigste Treffen konservativer Antifeminst\*innen, Anti-Genderaktivist\*innen und religiöser Rechter. 2019 fand das Treffen bereits zum 13. Mal statt (siehe Grafik).Der Weltfamilienkongress zeigt deutlich die Verknüpfung zwischen rechtsnationalen Parteien und der Anti-Genderbewegung. Dort aufgetreten sind beispielsweise Ungarns Präsident Viktor Orbán und der damalige italienische Innenminister Matteo Salvini. Auch die AfD zeigt Gesicht, z. B. durch Beatrix von Storch, deren Ehemann, Sven von Storch, ebenfalls in der Anti-Genderbewegung aktiv ist.Die Bewegung setzt auf Zusammenarbeit und Lobbyarbeit in europäischen und internationalen Institutionen. Längst hat sie Büros in Brüssel, Genf und Straßburg. Und sie besetzen Schlüsselpositionen. So sind wichtige Vertreter bei der EU-Grundrechteagentur registriert oder haben Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC), um EU und UN zu beraten. Das tun sie auch als Mitglieder von Expertengremien, beispielsweise für religions- und Glaubensfreiheit bei der OSZE und im Europarat.Trotz – oder gerade wegen des Backlash (im Sinne von Rückschritt/Rückschlag) – ist die feministische Aufbruchsstimmung an vielen Orten groß, wie die Fallstudien zeigen. Aktivistinnen und Frauenbewegungen scheinen so aktiv wie nie. Regionale und internationale Netzwerke wie IM-Defensoras sind besonders wichtig, um dem Backlash zu begegnen. Sie gewähren Solidarität, Schutz und gegenseitige Unterstützung. Mit ihrer Lobbyarbeit erhöhen sie den Druck auf Regierungen. Frauen weltweit demonstrieren und streiken gegen Gewalt, für demokratische Teilhabe und besonders auch für Autonomie über den eigenen Körper. |
|  | **Übergangsfolie – Was tut Brot für die Welt** |
|  | **Was tut Brot für die Welt?**  Aus all den hier genannten Gründen ist der Schutz der Zivilgesellschaft eine Schlüsselaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit und damit auch für Brot für die Welt.  Brot für die Welt dokumentiert und analysiert die Einschränkungen seiner Partnerorganisationen. Mit Studien wird versucht für das Thema zu sensibilisieren und faktenbasiert zu überzeugen.  Der Erfahrungsaustausch von betroffenen Organisationen ist besonders wichtig. Hier werden Analysen geteilt, aber auch gute Beispiele: „Was hat geholfen gegen einen problematischen Gesetzesentwurf?“, „Wie können wir die Erfolge unserer Arbeit für die ganze Gesellschaft besser präsentieren?“, „Wie reagieren wir auf Schmierkampagnen?“. Dies sind wichtige Punkte, die den Partnern helfen können, Situationen besser zu meistern.  **Foto:** Das Foto entstand 2018 bei einer Regionalkonsultation mit russischsprachigen Partnern von Brot für die Welt, bei der genau diese Fragen diskutiert wurden.  Foto: Brot für die Welt, Menschenrechtsreferat |
|  | **Was tut Brot für die Welt?**  Brot für die Welt unterstützt die Beteiligung seiner Partnerorganisationen, gerade auch bei internationalen Foren oder bei den Vereinten Nationen zum Beispiel mit der Finanzierung von Reisekosten oder bei Registrierungsprozessen.  Brot für die Welt fördert die Zusammenarbeit von betroffenen Organisationen in Netzwerken und Bündnissen. Denn nur gemeinsam kann gegen den Trend erfolgreich gearbeitet werden.  Durch Eilaktionen mit internationalen Menschenrechtsorganisationen, aber auch mit dem Auswärtigen Amt und der Europäischen Union, versucht Brot für die Welt bedrohten Partnern zu helfen. Außerdem gibt es einen Nothilfefonds, durch den bedrohte Personen oder Organisationen sehr schnell finanzielle Unterstützung bekommen können. Diese kann zum Beispiel beantragt werden für juristische Begleitung, medizinische oder psychosoziale Unterstützung oder für Reisekosten – wenn Personen aus Schutzgründen dringend für eine Zeit das Land verlassen müssen.  Mit politischer Lobby- und Advocacyarbeit, Publikationen und Veranstaltungen setzt sich Brot für die Welt auch dafür ein, dass repressive Gesetze gar nicht erst verabschiedet oder wieder zurückgenommen werden. |
|  | **Übergangsfolie – Forderungen an die Politik** |
|  | **Forderungen an die Politik**  Brot für die Welt fordert von der Bundesregierung, sich weltweit für eine unabhängige Zivilgesellschaft und für Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen. Die Wirtschafts- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung darf nicht zur Einschränkung des Civic Space führen. Brot für die Welt fordert die Bundesregierung auf, alle Außenbeziehungen Deutschlands an einer kohärenten menschenrechtsorientierten Politik auszurichten. Auf allen Ebenen sollen sich offizielle Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung insbesondere für eine aktive, gleichberechtigte und demokratische Teilhabe von Frauen einsetzen. So kann zivilgesellschaftliches Engagement geschützt und anerkannt werden. Die Durchsetzung sexueller und reproduktiver Rechte zu stärken und sexualisierte Gewalt zu bekämpfen ist unverzichtbar für die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit und das Empowerment von Frauen, Mädchen und LGBTI. |
|  | **Übergangsfolie – Was können Sie tun?** |
|  | **Aktiv werden für Menschenrechte ­– Was können Sie tun?**  Auch in Deutschlandändert sich der Diskurs über zivilgesellschaftliches Engagement. Zum Beispiel werden Organisationen, die sich für Flüchtlingsschutz und das Asylrecht einsetzen, beschuldigt, Teil einer „Anti-Abschiebungsindustrie“ zu sein.  Die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Nationalität, sexuellen Orientierung oder Religion begegnet uns überall, im Beruf, in der U-Bahn oder auf der Straße. Sie können etwas dagegen tun und Stellung beziehen, wenn Flüchtlingshelfer beschuldigt oder andere Menschen diskriminiert werden. Jede Stimme ist wichtig, um fremdenfeindliche Bewegungen und die Diffamierung von Engagement für die Menschenrechte aufzuhalten. Schützen Sie auf diese Weise unsere Demokratie.  Beteiligen Sie sich an Eilaktionen für bedrohte Menschenrechtsverteidiger und Menschenrechtsverteidigerinnen.  Unser Konsum geht leider oft auf Kosten von Menschen und Umwelt im globalen Süden. Kaufen Sie nur so viel ein, wie Sie brauchen. Nutzen Sie elektronische Geräte, solange sie funktionieren. Kaufen Sie Kleidung, die durch Siegel als fair und ökologisch ausgewiesen ist, oder auch einmal Secondhand-Ware. Informieren Sie sich und fragen Sie beim Kauf kritisch nach, woher die Produkte stammen und unter welchen Bedingungen sie hergestellt wurden.  Damit sich wirklich in der Breite etwas verändert, muss die Politik regulierend eingreifen. Fordern Sie daher klare Vorgaben von der Politik an die Unternehmen zur Achtung von Arbeitsstandards, Menschenrechten und Umwelt, auch bei Auslandsgeschäften. |
|  | **Schlussfolie** |
|  | **Impressum** |

**Herausgeber**

Brot für die Welt

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.

Postfach 40 1 64

10061 Berlin

Telefon: +49 30 65211 4711

E-Mail: service@brot-fuer-die-welt.de

Internet: www.brot-fuer-die-welt.de

**Autoren** Christian Jakob, Christine Meissler, Carsta Neuenroth, Nils Utermöhlen

**Redaktion des Mustervortrags** David Heuckeroth, Regina Seitz, Jürgen Hammelehle (V. i. S. d. P.)

**Karten, Illustrationen, Infografiken** Esther Gonstalla

**Fotos** James Akena/Reuters (S.23),Erhan Arik/NarPhotos/laif (S. 26), Jessica Rinaldi/Reuters (S. 24), Oswaldo Rivas/Reuters (S. 33), Frank Darren Whiteside/Reuters (S.29)

Berlin, August 2020

**Spendenkonto**

Bank für Kirche und Diakonie

IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00

BIC: GENODED1KDB